

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtags
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Verhinderung von Großquartieren zur Unterbringung von Menschen im Asylverfahren.

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Des Burgenländischen Landtages vom Betreffend Verhinderung von Großquartieren zur Unterbringung von Menschen im Asylverfahren.

Begründung:

Laut Vorschlag des zuständigen Regierungsmitglieds erwägt die Bundesregierung, Quartiere zur Unterbringung von Asylwerberinnen und Asylwerbern in Großquartieren an der Peripherie einzurichten. Im Gegensatz dazu setzt man im Burgenland darauf, Asylwerbende in kleinen und überschaubaren Einheiten in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, mit humanitären Organisationen und mit Privatpersonen unterzubringen. Dies ist nicht nur kostengünstiger als die Unterbringung in Massenquartieren, es erleichtert auch eine spätere Integration, da bereits in dieser Phase der Kontakt zur hiesigen Bevölkerung und deren Lebensweisen aufgenommen wird und erste Zugänge zur deutschen Sprache im Alltag ermöglicht werden.

Auch die Unterbringung in Kasernen stellt keine geeignete Lösung zur Unterbringung in der Grundversorgung dar.

Im September 2015 trafen einander 100 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ganz Österreich in Alpbach, um sich über Bausteine für eine erfolgreiche Aufnahme von Flüchtlingen auszutauschen. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen stellten sie ihren Amtskolleginnen und -kollegen in einem 60-seitigen Handbuch zur Verfügung, das unter Einbeziehung von Fachleuten entstanden ist. Auch in diesem Leitfaden wird basierend auf konkreten Erfahrungen festgehalten, dass kleine Einheiten besser „funktionieren“, weil durch sie keine „Ghettos“ entstünden. Die BürgermeisterInnen weisen darauf hin, dass ihrer Erfahrung nach auch größere Einheiten maximal 100 – 150 Personen beherbergen sollten. (Vgl. <https://www.alpbach.org/de/alpbacher-buergermeisterinnen-treffen/>)

Darüber hinaus ist die Gefahr der Radikalisierung in von der österreichischen Gesellschaft abgeschlossenen Großquartieren um ein Vielfaches größer als in kleinen Einheiten, in denen der persönliche Kontakt zur hiesigen Bevölkerung gestaltet werden kann.

Die Unterbringung von Menschen im Asylverfahren in Großquartieren und in Absonderung von der österreichischen Gesellschaft ist daher abzulehnen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung gegen die Einrichtung von Massenquartieren zur Unterbringung von Menschen im Asylverfahren einzusetzen und damit die Betreuung in der Grundversorgung in kleinen Einheiten und an die Größe der jeweiligen Gemeinden angepasst sicherzustellen.